

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post, Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
gebührt für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig. Das einzelne Exemplar kostet 2 Goldpfennige, Porto extra

63. Jahrgang

Leipzig, den 18. November 1925

Nummer 92

### Zur Lohnfrage

Aus rein wirtschaftlichen Gründen haben die Vorstände der Gehilfen- und Hilfsarbeiterverbände beschlossen, den gegenwärtig gültigen Lohnsatz zu kündigen. Die „Zeitschrift“ bemerkt dazu in Nr. 91 vom 11. November: „Da das Lohnabkommen mit einer Frist von drei Wochen kündbar ist, muß der bereits jetzt gefaßte Beschluß als reichlich früh erfolgt angesehen werden. Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Buchdrucker-Vereins wird in seiner Anfang Dezember stattfindenden Sitzung dazu Stellung nehmen, wann die neuen Lohnverhandlungen stattfinden sollen.“ Diese etwas-naive Kommentierung der Kündigung des Lohnsatzes von Arbeiterseite durch das Prinzipalsorgan beurteilen wir ebenfalls als reichlich verfrüht. Denn wenn auch nach dem Buchstaben des letzten Lohnabkommens dessen Gültigkeit bis 31. Dezember d. J. und eine dreiwöchige Kündigungsfrist vorgesehen ist, so fehlt es doch nicht an Beispielen aus der Vergangenheit dafür, daß Buchstabenreiterei dem Gewerbe noch niemals dienlich war und daß eine prinzipalsseitige Nichtachtung immer dringender gewordener Bedürfnisse der Arbeiterschaft des Gewerbes in der Regel mehr geschadet als genützt hat. Wir können daher unsere Ansicht nicht verhehlen, daß es den allgemeinen gewerblichen Interessen viel zweckdienlicher wäre, wenn die aus der Kommentierung der „Zeitschrift“ hervorgehende Absicht einer Verzögerung der Entscheidung in dieser ersten Angelegenheit nicht zur Durchführung käme. Denn dies müßte nach der ganzen Sachlage auf Arbeiterseite, die auch die Organisationsvorstände der Arbeiterschaft zu der Beschlußfassung über die Kündigung des Lohnsatzes veranlaßt hat, nur dazu führen, daß je weiter die Entscheidung hinausgeschoben würde, vorher vorhandene Verständigungsmöglichkeiten unnötig erschwert würden. Sollte das jedoch auf Prinzipalsseite der Zweck dieser Verschleppung sein, dann wird auch auf dieser Seite wieder einmal allein die Verantwortlichkeit dafür liegen, wenn alles ganz anders kommt, als man es sich in Prinzipalskreisen vorher gedacht hat. Denn auch die jegliche Kündigung des Lohnsatzes ist nur die logische Folge des ergebnislosen Verlaufs der Aussprache der beiderseitigen Organisationsvertreter vom 6. November d. J., über die wir schon in voriger Nummer berichtet haben.

Im Leitartikel in voriger Nummer ist in der zweiten Spalte auf Seite 722 in der Angabe des Maßstabes zur Berechnung der realen Kaufkraft des heutigen Lohnes insofern ein Fehler unterlaufen, daß nur die Reichsindexziffer für Oktober d. J. mit 143,5 angegeben wurde, während für die dann folgende Kaufkraftziffer des heutigen tariflichen Spitzenlohnes mit 27,12 M. in Wirklichkeit nicht nur die Reichsindexziffer, sondern der Durchschnitt aus Reichsindex und Druckpreisindex, der einen Wert von 56 Proz. des Friedenslohnes ergibt, als Grundlage gedient hat. Die Berechnung nach der offiziellen Reichsindexziffer allein ergäbe einen Realwert von 70 Proz. der Friedensmark oder einen solchen des heutigen tariflichen Spitzenlohnes von 33,60 M., gegen 34,38 M. der Vorkriegszeit. Veranlassung zu dieser Verbindung der Reichsindexziffer mit dem Druckpreisindex gab uns vor allem die unbestreitbare Tatsache, daß die Reichsindexziffer auch heute noch große Mängel aufweist und den wirklichen Stand der Kaufkraft der heutigen Reichsmark nach alltäglicher Erfahrung bei weitem nicht erkennen läßt. Wesentlich näher glauben wir diesem dunklen Punkt dadurch zu kommen, wenn wir auf diesem Gebiete der Berechnungsweise der „Lebenshaltungskosten“ der Prinzipale, wie sie sich im Druckpreisindex widerspiegelt, eine gewisse Berechtigung zukommen lassen. Auf diese Weise ergibt sich auf Grund eines Durchschnitts aus diesen uns vorliegenden Angaben über den heutigen Stand des Druckpreisindex

unter Hinzuziehung der Reichsindexziffer für Oktober d. J. im Durchschnitt die Ziffer von 177,5 heute gegen 100 der Reichsindexziffer und des Druckpreisindex in der Vorkriegszeit oder eine Kaufkraft der heutigen Reichsmark von 56 Proz. gegen jene der Friedensmark, soweit sich eine solche aus den teils amtlichen, teils gewerblichen und sozialen Feststellungen und Erfahrungen als der Wahrheit am nächsten kommende ermitteln läßt. Darauf, daß die Reichsindexziffer trotz ihrer Reform seit Februar d. J. noch große Mängel enthält, hat erst kürzlich das den deutschen Unternehmerkreisen näher stehende „Magazin der Wirtschaft“ hingewiesen und auf wichtige Fehlerquellen der amtlichen Reichsindexziffer aufmerksam gemacht, die bisher bei der Beurteilung dieses amtlichen Maßstabes der Lebenshaltungskosten überhaupt nicht oder nicht genügend berücksichtigt worden sind. Es wird hier nachgewiesen, daß die vom Statistischen Amt zur Grundlage genommenen Vorkriegspreise viel höher sind, als sie vor dem Kriege in Wirklichkeit waren. So übersteigen die amtlichen Vorkriegspreise die wirklichen, wie sich aus den Preisen der Konsumvereinstellen und aus Warenhausangeboten vom Jahre 1913 ermitteln läßt, bei Brot um 27 Proz., bei Erbsen um 42 Proz., Speisebohnen um 56 Proz., Rindfleisch um 21 Proz., Kartoffeln um 81,5 Proz., Butter um 18 Proz. usw. Während man also bei der Berechnung des Lebenshaltungsindex die heutigen Preise in der Regel so niedrig ansetzt, daß die Waren dafür nicht beschafft werden können, nimmt man Vorkriegspreise zur Grundlage, die viel höher sind als die wirklichen. Auf diese Weise ist es dann möglich, einen Index herzustellen, wo die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Vorkriegszeit viel geringer erscheint als dies in Wirklichkeit der Fall ist.

Daß dem so ist, muß jeder Arbeiter heute in seinem Haushalt tagtäglich erkennen, wenn er Vergleiche über den Stand der wirklichen Lebenshaltungskosten mit dem Pegel der Reichsindexziffer zieht. Dieser rauhen Wirklichkeit am nächsten kommt man dadurch, wenn man die Reichsindexziffer mit dem vom Deutschen Buchdruckerverein als völlig einwandfrei beurteilten heutigen Stand des Druckpreisindex verbindet und aus beiden den Durchschnitt zieht. Diesen Weg haben wir bei unserer jetzigen Berechnung der Kaufkraft des heutigen Tariflohnes im Buchdruckgewerbe außerdem noch deshalb eingeschlagen, weil wir nach all den Erfahrungen der letzten Jahre zu der Ansicht gekommen sind, daß auf diese Weise am besten und zurechtsten ein Weg aus dem Holze der beiderseitigen Interessengegensätze auf dem Lohngebiete im Buchdruckgewerbe gefunden werden könnte. Es kommt darin eine gewisse Angleichung der Bedürfnisfragen nach dem Grundsatz von „Leben und Leben lassen“ zum Ausdruck, der insbesondere auch hervortreten läßt, warum die Gehilfenschaft mit dem heutigen Tariflohn nicht zurechtkommen kann, und daß auch die übertariflichen Zulagen in ihrem realen Wert in Wirklichkeit noch lange nicht das bedeuten, was auf Prinzipalsseite daraus gemacht wird. Denn was dem einen recht ist, sollte dem anderen billig sein!

Betrachtet man die wirtschaftlichen Grundlagen eines jeden Gewerbes als eine Verbindung von Lohn und Preis nach innen wie nach außen, so wäre anzuerkennen, daß die gegenüber der Friedenszeit eingetretene Preissteigerung im Buchdruckgewerbe unter Berücksichtigung der Einführung des Achsstundentages und der tariflichen Verlebensfestlegung ein mäßiges prozentuales Übersteigen des Lohnsatzes rechtfertigt. Angesichts des durchschnittlichen Standes der Großhandelspreise kann jedoch nicht davon gesprochen werden, daß das heutige Preisniveau im Buchdruckgewerbe unbedingt einen so großen Abstand zum Lohnsatz erfordert, wie er in Wirklichkeit vorhanden ist. Denn alle Gründe, die für die Berechtigung des Preisindex aus sonstigen Belastungen ins Feld geführt werden können, gelten relativ auch für den Familienhaushalt. Auch hier wirken die Steuern und Abgaben für Sozialversicherung usw. nicht minder drückend als anderswo. Und der sogenannte Kapitalmangel

macht sich in der Familienwirtschaft zunächst durch den Verlust früherer, wenn auch geringer Ersparnisse nicht minder erheblich fühlbar, wirkt sich aber durch die fortgesetzt niedrige Kaufkraft des Lohnes immer noch in Substanzverlusten aus, indem weder ernstlich getrennt werden kann, noch alle dem Verschleiß unterworfenen Haushaltungsgegenstände in der Form wie früher erneuert, d. h. gekauft werden können, es sei denn auf Kosten der Ernährung, was sich wiederum als gefährlich für die Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte erweisen muß. Aus allen diesen Zusammenhängen zwischen Ursachen und Wirkungen von Lohn und Preis, die wir hier nur andeutungsweise streifen wollen, ergibt sich die Tatsache, daß die Lohnpolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereins wie des gesamten Unternehmertums an einer starken Unterschätzung der kapitalerzeugenden Kraft des Arbeitslohnes krankt. Die allzuweite Spannung zwischen Lohn und Preis reduziert nicht nur die Kaufkraft der großen Masse des Volkes, sie bringt auch die Kapitalbildung in dreierlei Richtung zum Versiegen: einmal durch sinkenden Warenabsatz, dann durch Erdrosselung jeder Sparsamkeit als Quelle langfristiger Kredite und drittens durch physische wie psychische Schwächung der menschlichen Arbeitskräfte. Das sind die drei wichtigsten und ausschlaggebenden Hemmnisse einer besseren und fortschrittlichen Entwicklung der Wirtschaft in heutiger Zeit. Die Kapital- und Arbeitskraftvernichtung durch den Weltkrieg und seine Folgen ist sicher riesenartig; nicht viel kleiner ist aber auch die Wirkung dieser widerspruchsvollen Preis- und Lohnpolitik. Das durch den Weltkrieg wie seine nächsten Folgen vernichtete Arbeits- und Betriebskapital kann nicht in wenigen Jahren wieder ersetzt werden; es werden auch unter der Voraussetzung, daß es der Organisationskraft der Arbeiterschaft gelingen wird, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erträglicher für die Arbeiterschaft zu machen, noch viele Jahre vergehen, ehe dies wieder erreicht sein wird. Niemals wird aber dieses Ziel erreicht werden können, wenn die heutige Lohn- und Preispolitik des Unternehmertums unverändert bleiben sollte. Es wird im Gegenteil ein weiterer Verfall der deutschen Volkswirtschaft unaufhaltsam sein, wenn auch weiterhin in Unternehmertreuen nicht eingeschrieben werden sollte, daß Kapitalbildung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der menschlichen Produktivkräfte nur von einer Steigerung der Kaufkraft der Masse abhängen. Über die gesellschaftlichen oder kulturellen Folgen einer so verfehlten Wirtschaftsführung wollen wir uns hier nicht weiter auslassen. Und gerade deshalb, weil wir es als der Gesamtheit viel nützlicher beurteilen, wenn diese Gegensätze nicht in zerstörender Form, sondern in friedlicher Verständigung aus der Welt geschafft werden, bedauern wir nicht, daß uns die schon richtiggestellte Auslassung in voriger Nummer Veranlassung gab, noch einmal etwas eingehender die Auffassung der Gehilfenschaft in der Lohnfrage zu beleuchten.

Abichtlich haben wir dabei den Preistarif etwas enger an die Lohnfrage herangezogen. Denn von jeher und schon sehr oft haben wir die Auffassung vertreten, daß wenn die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe auskömmliche Löhne haben soll, auch die Preise ihrer Erzeugnisse, also die Druckpreise, eine gewisse Garantie dafür bieten müssen. Und wenn wir bisher ab und zu genötigt waren, den Druckpreistarif etwas schärfer unter die Lupe zu nehmen, dann geschah dies niemals von dem einseitigen Standpunkte aus, daß wir den Prinzipalen keine vernünftigen Erträgnisse zuerkennen wollten, sondern in der Regel nur deshalb, weil die Lohnunterhändler der Prinzipale bei fast allen Lohn- und Tarifverhandlungen die Gründe der Gehilfenvertreter für die Berechtigung der Gehilfenforderungen nicht anerkennen wollten, dafür aber in der Regel bei Erhöhungen des Preistarifs dieselben Gründe als maßgebend ins Feld führten. Ferner nötigte uns zu der verschiedentlichen Stellungnahme zum Preistarif der Umstand, daß die unnötig hohe Spanne zwischen Lohn und Preis gegenüber der Vorkriegszeit die Schmutzkonkurrenz geradezu begünstigte, was zweifellos auch für die Gehilfenschaft wie für das gesamte Gewerbe nicht gut war, noch heute ist. Zwar versuchte der Deutsche Buchdrucker-Berein diese Klippen für die Durchführung des Preistarifs dadurch zu umschiffen, daß er durch entsprechende Fassung seiner Vereinssatzungen und damit verbundene eigene Gerichtsbarkeit mit besonderen Strafvollmachten für seine Beschwerdeämter einen strengen Zwang zur Einhaltung des Druckpreistarifs für seine Mitglieder durchzusetzen versuchte. Mit solchen Maßnahmen hat sich jedoch die Prinzipalsorganisation in die Maschen der Kartellverordnung vom 2. November 1923 verstrickt und sah sich erst dieser Tage, wie wir schon in Nr. 90 berichtet haben, genötigt, diese Zwangsvorschriften fallen zu lassen. Das ist zweifellos keine besonders erfreuliche Perspektive für die fernere Aufrechterhaltung des Druckpreistarifs. Es fehlt eben der in allen Teilen aus dem Produktionsprozeß selbst hervorgehende natürliche Zwang dazu, weil gerade die von uns stets bekämpfte Lohnpolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereins Preisunterbietungen erheblichen Verschub leistet. Nach unserer Auffassung wäre gar keine mit der Kartellverordnung in Konflikt kommende Zwangsvorschrift des DVB. zur Durchführung des Preistarifs nötig gewesen, wenn nicht die niedrigen

tariflichen Löhne Preisunterbietungen so leicht machen würden, ohne mit Verlust abzuschließen. Die in der „Zeitschrift“ oft wiederkehrenden Andeutungen, wonach die Preistariffinder alle nicht richtig rechnen könnten, kann nach unserer Beobachtung und Prüfung vieler Preisunterbietungen nur in ganz seltenen Fällen als zutreffend bezeichnet werden. Auch sind die Preisunterbieter sowohl in Kreisen von Besitzern kleiner Buchdruckereien, denen meistens vorteilhafte moderne Betriebs-einrichtungen fehlen, wie in jenen der Mittel- und Großbetriebsbesitzer vorhanden. Von vielen kleinen Buchdruckereibesitzern, die es mit dem Preistarif weniger genau nehmen, ist uns bekannt, daß sie ganz gut bestehen und höher kommen; auch von den zur Sparte der Preistariffinder zu zählenden Mittel- und Großbetrieben ist uns noch kein Rückgang ihrer Betriebe bekannt geworden. Wir befürchten daher auch, daß bei noch längerer Dauer des bisherigen Abstandes zwischen Preis- und Lohnstarif es mit der zwangslosen Aufrechterhaltung des Druckpreistarifs in wenig erfreulicher Weise abwärts gehen wird. Das wird einwandfrei, d. h. ohne Schaden für den auch von uns erstrebten Aufstieg des Gewerbes nur zu verhindern sein, wenn Lohn- und Preistarif mit den tatsächlichen Lebenshaltungs- und gewerblichen Produktionskosten in eine bessere Übereinstimmung gebracht werden. Dadurch würde auch dem Überhandnehmen von Haus- oder Werksdruckereien usw. der Boden entzogen. Aus einer solchen Ausgleichung der beiderseitigen Interessen an der gewerblichen Produktion könnte eine zeitgemäßere tarifliche Ordnung für das Buchdruckgewerbe im allgemeinen entstehen, die sicher sehr viel bisheriger Kostspieligkeit Leerlauf hüben wie drüben beseitigen würde und Arbeiter wie Unternehmer im Buchdruckgewerbe im Schutze ihrer wirtschaftlichen Organisationen weit mehr als bisher als gleichberechtigte Faktoren neben- und miteinander auch im Dienste der ganzen Volkswirtschaft wirken lassen könnte!

## Wirtschaftsführung und Gewerkschaften

Die kapitalistische Wirtschaftsform hat eine lange Entwicklung hinter sich, deren Anfänge — wenn man bis zu den Zeiten des Frühkapitalismus zurückgeht — Jahrhunderte zurückliegen. In dieser langen Zeit hat der Kapitalismus und mit ihm die Wirtschaft manche Wandlungen erfahren. Zu keiner Zeit vollzog sich die kapitalistische Entwicklung in ungebrochener, stets gradlinig verlaufender Weise. Dem Aufstieg folgte in der Regel ein Abstieg, heftige Erschütterungen des Wirtschaftslebens; sich oft jahrelang hinsiehende Wirtschaftskrisen waren mit der wirtschaftlichen Entwicklung untrennbar verbunden. In der gleichen Weise entwickelte sich die deutsche Wirtschaft. Sie stieg aufwärts, blieb aber ebensowenig von Krisen verschont, wie die kapitalistischen Wirtschaften anderer Länder, und geschäftliche Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit sowie Auswanderung waren in Deutschland keine unbekannteren Erscheinungen. Das in dem letzten Jahrzehnt vor dem Weltkriege die deutsche Wirtschaft vor schweren Krisen verschont blieb, liegt in den Verhältnissen begründet. Nur unter zunehmenden Schwierigkeiten und nicht ohne Anwendung teilweise recht zweifelhafter Mittel gelang es, der deutschen Industrie neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkt zu eröffnen. Außerdem sorgte das bekannte Netz von — bei dem Deutschland an vorderster Stelle stand — für die Belebung der Wirtschaft, wenn auch auf Kosten der Steuerzahler und der allgemeinen politischen Sicherheit.

Der Kapitalismus und seine sogenannten Wirtschaftsführer waren also schon vor dem Kriege, als noch normale wirtschaftliche Verhältnisse bestanden, nicht in der Lage, Wirtschaftskrisen zu verhindern. Man stand diesen Katastrophen machtlos gegenüber. Um so unerwünschter und widerwärtiger ist die Heuchelei auf kapitalistischer Seite, wie sie in den Angriffen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wegen angeblicher Unfähigkeit zur Wirtschaftsführung in der Nachkriegszeit zum Ausdruck kam und gelegentlich auch jetzt noch bemerkbar wird. In Verdringung und Entstellung von Tatsachen ist der Kapitalismus nicht zu überbieten. Der Zweck heiligt auch hier stets die angewendeten Mittel. Er wurde erreicht, die Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Wirtschaftsführung ausgeschaltet, diese durch die Tätigkeit der angeblich prominentesten bürgerlichen Wirtschaftsführer ersetzt. Von grundlegenden Änderungen und einer wesentlich anders eingestellten Wirtschaftsführung war jedoch nichts zu bemerken. Was von den neuen Männern auf politischem Gebiete geschah, bewegte sich ausschließlich in der gleichen Richtung, die unter der Mitwirkung der Arbeitervertreter festgelegt wurde, nur mit weniger Konsequenz und nicht ohne Umwege. Aber auch ihre wirtschaftlichen Maßnahmen zeigen in ihren Grundlinien wenig Abweichungen von dieser Route. Nur in der Zoll- und Steuerpolitik liegen solche vor, wodurch die bestehenden Schichten begünstigt, die arbeitenden Massen benachteiligt werden. Deshalb hat auch der durch die Wahlen der letzten Jahre herbeigeführte Regierungswechsel eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht veranlaßt. Wie die gegenwärtige Krise zeigt, schreitet die Wiederherstellung der Wirtschaft nur langsam fort und werden voraussichtlich noch Jahre vergehen, ehe von ihrer völligen Gesundung gesprochen werden kann.

Die bürgerlichen Wirtschaftsführer haben sich also trotz aller ihnen im voraus gespendeten Vorwürfe über den gestellten Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, die gegebenen Versprechungen nicht erfüllt. Dabei konnten sie unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen tätig sein als die Vertreter der Arbeiter. Insbesondere unterlagen sie nicht dem



schweren Drucke von innen und außen, waren sie in ihrer Entscheidungsfreiheit wesentlich weniger beeinträchtigt als ihre Vorgänger in den ersten Jahren nach dem Kriege. Das klügliche Schauspiel einer bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsführung gab bekanntlich das Kabinett Cuno, dem das deutsche Volk die Würdigung und den Währungsaußenbruch zu danken hat. Es ist von keinem seiner Nachfolger übertroufen worden. Wirtschaftsführer haben wir aber unter ihnen nicht kennen gelernt. Das ist nur zu begreiflich, weil es in der kapitalistischen Wirtschaft aller gegenteiligen Behauptungen ungeachtet eigentliche Wirtschaftsführer gar nicht gibt. In Personen wie Stinnes und andern seinesgleichen glaubte man noch vor kurzem Wirtschaftsführer von überragender Größe vor sich zu haben. Sie entpuppten sich jedoch als ganz gewöhnliche Kaffee, die wie andre mit ihnen skrupellos den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu ihrer eignen Bereicherung ausnützten, ohne danach zu fragen, ob sie damit Tausende ihrer Mitmenschen zugrunde richteten.

Sehr mit Recht wurde auf dem Gewerkschaftskongress die Frage aufgeworfen, ob in Deutschland eine Wirtschaftsführung bestehe? Professor Dr. Hermsberg glaubte diese Frage verneinen zu müssen, und man kann ihm beipflichten. Diese Führerlosigkeit beschränkt sich übrigens nicht nur auf die deutsche Wirtschaft, sondern ist dem kapitalistischen System allgemein eigen. Was sich als Wirtschaftsführung präsentiert, ist nur der Ausdruck der zusammengefaßten, organisierten und bewußt geleiteten Vertretung bestimmter Interessengruppen. Die Wirtschaft bilden für den Kapitalismus nur die kapitalistischen Unternehmer; alle andern Wirtschaftsmittelglieder gelten nichts, sind von einer Mitwirkung und Teilnahme an der Führung ausgeschlossen. Das gilt besonders für die Arbeiter, deren wirtschaftliche Gleichberechtigung zwar verfassungsmäßig anerkannt ist, praktisch aber noch keine befriedigende Bewirkung erfahren hat. Die sich aus dieser Ausschließung wichtiger Volksteile ergebende Wirtschaftspolitik zeigt deshalb den Charakter einseitigster Interessenherrschaft, die Bereicherung der agrarischen, kommerziellen und industriellen Gruppen auf Kosten der arbeitenden Schichten.

Mit diesen Zuständen dürfen sich die Arbeiter nicht zufrieden geben. Das deutsche Unternehmertum ist den Anforderungen, die sich aus der dem Kriege folgenden weltwirtschaftlichen Umwälzung eracben, nicht gewachsen. In Verkennung der wirtschaftlichen Lage zeigt es nur das Bestreben, durch Schutzzölle, Kartelle und Konzesse seine Monopolstellung zur Erzielung hoher Preise auf dem Inlandmarkt aufrechtzuerhalten sowie durch Verlängerung der Arbeitszeit und Herabdrückung der Löhne und Gehälter der Arbeiter die andern Nationen auf dem Weltmarkte zu unterbieten. Durch derartige Mittel ist die Wirtschaft nicht in Ordnung zu bringen, sind keine befriedigenden Lebensbedingungen für die arbeitenden Schichten zu erreichen. Der einseitigen Beeinflussung der Wirtschaft durch das Unternehmertum muß deshalb ein Ende gemacht werden, indem die Arbeiter für die Gewerkschaften die volle Gleichberechtigung mit den Unternehmern und ihre Beteiligung an dem Wirtschaftsausbau wie auch an der Wirtschaftsführung im Sinne des Artikel 165 der Reichsverfassung fordern. Nicht minder gehört dazu die Errichtung paritätischer Wirtschaftskammern für Industrie, Handel, Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft, als auch die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte. Der Gewerkschaftskongress hat diese Forderungen im Zusammenhang mit andern gleichwichtigen einmütig zu den seinigen gemacht. Aufgabe der Arbeiterkraft muß es sein, diese Forderungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit allem Nachdruck zu vertreten und auf ihre Durchführung hinzuwirken. Stm.

## Die Arbeiterbank als Sparkasse

Die Organisationsarbeiten der Arbeiterbank sind jetzt so weit gediehen, daß der Sparverkehr unmittelbar aufgenommen werden kann. Die Arbeiterbank hat sich bereits an die Ortsverwaltungen von Berlin und an die Ortsausschüsse des Reiches gewandt, und es soll nunmehr hier kurz erörtert werden, welche Wege einzuschlagen sind, um bei der Arbeiterbank sein Geld anlegen zu können.

Die gebräuchlichste Art ist die Einzahlung der Spargelder auf ein Sparbuch. Die Sparkasse der Arbeiterbank stellt an jedermann Sparbücher mit täglicher und monatlicher Kündigung aus. Zurzeit beträgt der Zinssatz für täglich abhebare Sparguthaben 6 Proz. und für monatlich kündbare Sparguthaben 8 Proz. pro Jahr. Einzahlungen auf Sparbücher können in folgender Weise getätigt werden:

1. Einzahlungen werden in den Kassenräumen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin S 14, Wallstraße 65, von 9 bis 3 Uhr und 5 bis 7 Uhr, Sonnabends von 9 bis 1 Uhr, und außerdem in der Filiale in Hamburg, Besenbinderhof 57/59, entgegengenommen. Die Sparbücher werden an den einzelnen Sparer ausgehändigt.

2. Einzahlungen können ferner mittels der in den Ortsausschüssen bzw. Ortsverwaltungen erhältlichen Postcheckabzählkarten auf das Postcheckkonto Berlin 3898 geleistet werden. Wenn ein Sparkonto noch nicht besteht, wird das neu ausgestellte Sparbuch den Sparern durch die Post übersandt. Ist auf diesem Wege eine Einzahlung für ein bestehendes Konto getätigt, so behält der Einzahler den Postcheckabschnitt als vorläufige Quittung. Die Eintragung ins Sparbuch findet bei gelegentlichem Vorkommen in der Sparkasse, spätestens bei der zum Jahreschluß erfolgenden Gutschrift der Zinsen statt.

3. Einzahlungen können auch bei den Ortsausschüssen und Ortsverwaltungen selbst getätigt werden.

Wird das Sparbuch vorgelegt, so quittiert die vereinnahmende Kasse sofort im Sparbuch. Geschieht die Einzahlung ohne Vorlage des Sparbuches, erhält der Sparer von der betreffenden Kasse eine Quittung.

Zur Sicherung der Sparguthaben wird zu jedem Sparbuch eine mit der gleichen Nummer versehene Sicherungstarte ausgefertigt. Es empfiehlt sich, diese Sicherungstarte getrennt vom Sparbuch aufzubewahren.

Rückzahlungen werden nur geleistet, wenn Sparbuch und Sicherungstarte vorgelegt werden. Falls Rückzahlungen durch die Post angefordert werden, ist das Sparbuch und die Sicherungstarte in getrennten Briefen einzusenden.

Rückzahlungen finden statt an der Kasse der Arbeiterbank, Berlin S 14, Wallstraße 65, und deren Filiale in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59; ferner leisten die Kassen der Ortsausschüsse und Ortsverwaltungen Rückzahlungen, wenn Sparbuch und Sicherungstarte in der vorgeschriebenen Weise vorgelegt werden. Die Sparer können auch das Sparbuch und die Sicherungstarte durch die Post an eine der beiden obengenannten Adressen einsenden und die Rückzahlung eines Betrages fordern. In diesem Falle wird das Geld durch Postbescheid, Sicherungstarte und Sparbuch durch die Post an die Sparer übersandt.

Bei der Arbeiterbank in Berlin, ihrer Filiale in Hamburg und bei den Ortsausschüssen und Ortsverwaltungen werden ferner Sparkarten sowie Sparmarken in den Werten von 1, 1 und 2 M. ausgegeben. Für die zu sparenden Beträge sind bei den Ortsausschüssen, Ortsverwaltungen, Betriebsobleuten und den Arbeiterbanken Sparmarken zu kaufen und in die Sparkarte einzuliefern. Rückzahlungen der auf diesem Wege gesparten Beträge erfolgen nur in der Arbeiterbank, Berlin S 14, Wallstraße 65, und in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59, und nur dann, wenn mindestens 10 M. gespart sind. Die Sparkarten können in den Kassenstunden vorgelegt werden oder durch die Post oder über die Gewerkschaften eingesandt werden. Die Überweisung der Sparbeträge erfolgt durch die Post direkt an den auf der Sparkarte bezeichneten Sparkarteninhaber.

Sobald der Gesamtbeitrag der eingelebten Marken 10 RM. erreicht hat, kann die gesparte Summe auf ein Sparkonto übertragen werden. Bei der Vorlegung bzw. Überendung der Sparkarte ist Name, Stand, Adresse und Sparbuchnummer anzugeben. Sollte ein Sparkonto noch nicht bestehen, so genügt der Vermerk „Für ein neues Konto“.

Die Ortsausschüsse, die Ortsverwaltungen, die Arbeiterbank und ihre Filiale in Hamburg stehen allen Gewerkschaftskollegen zur weiteren Auskunft gern zur Verfügung. Es kommt jetzt darauf an, daß alle Spargroschen der Arbeiterkraft in die Sparkasse der Arbeiterbank fließen. Jeder Ortsauschluß, jede Ortsverwaltung muß ein Sammelbeken für die Arbeiterparkasse werden. Vereinzelt und verstreut bedeuten die Arbeiterroschen nichts, zusammengefaßt und gesammelt sind auch sie eine Macht.

## Das neue Reicherversorgungsgesetz

Das Gesetz über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung (Reicherversorgungsgesetz) vom 12. Mai 1920 hat im Laufe der Jahre mancherlei Änderungen erfahren. Die Erwartungen derjenigen, die der Krieg am schwersten betroffen hatte, der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, wurden dabei noch jedesmal arg enttäuscht. Der Dank des Vaterlandes, der ihnen gewiß sein sollte, fiel immer recht mager aus. Auch das dritte Wändernngsgesetz vom 28. Juli 1925 entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der Kriegsoffer. Die Kriegsbeschädigtenorganisationen und ihre Beratungsstellen werden es bei ihren Mitgliedern gewiß nicht an Aufklärung über das in neuer Fassung erschiene Reicherversorgungsgesetz fehlen lassen, dennoch seien im nachstehenden die Hauptpunkte des Gesamtgesetzes wiedergegeben, damit auch die Allgemeinheit erkenne, welche Größe der Dank des Vaterlandes in dieser Frage erreicht hat.

Die Versorgung umfaßt: 1. Heilbehandlung, Krankengeld und Hausgeld, 2. soziale Fürsorge, 3. Rente, Pflegezulage und Zufahrt, 4. Beamtenheim, 5. Sterbegeld und Gebührrnisse für das Sterbevierteljahr, 6. Hinterbliebenenrente und Zufahrt.

Die Heilbehandlung umfaßt ärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei und andern Heilmitteln sowie die Ausstattung mit Körperverfahstücken, orthopädischen und andern Hilfsmitteln, die erforderlich sind, um den Erfolg der Heilbehandlung zu sichern oder die Folgen der Dienstbeschädigung zu erleichtern. Eventuell kann Kur und Wepflegung in einer Heilanstalt oder eine solche in einem Badeort gewährt werden.

Blinde erhalten einen Führerhund. Zum Unterhalt des Hundes werden jährlich in Orten der Sonderklasse 150 M., in Orten der Ortsklasse A 144 M., Ortsklasse B und C 132 M. und in Ortsklasse D 120 M. gewährt.

Der Beschädigte hat sodann Anspruch auf unentgeltliche berufliche Ausbildung, sofern er durch die Dienstbeschädigung in der Ausübung seines Berufes oder in der Fortsetzung einer begonnenen Ausbildung wesentlich beeinträchtigt ist.

Eine Rente wird gewährt, solange infolge einer Dienstbeschädigung die Erwerbsfähigkeit um wenigstens 25 Proz. gemindert oder die körperliche Unversehrtheit schwer beeinträchtigt ist. Für die Bemessung der Rente sind maßgebend die Minderung der Erwerbsfähigkeit, der Beruf, der Familienstand, der Robnits des Beschädigten.

An Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage werden jährlich gewährt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

	Grundrente	Schwerbeschädigtenzulage
um 30 Proz.	81 M.	— M.
um 40 Proz.	108 M.	— M.
um 50 Proz.	135 M. und	24 M.
um 60 Proz.	162 M. und	30 M.
um 70 Proz.	189 M. und	42 M.
um 80 Proz.	216 M. und	60 M.
um 90 Proz.	243 M. und	90 M.
bei Erwerbsunfähigkeit	270 M. und	135 M.

Die Vollrente im Sinne des Gesetzes besteht aus der Grundrente, der Schwerbeschädigtenzulage und der Ausgleichszulage, soweit sie einem Beschädigten bei Erwerbsunfähigkeit zu gewähren sind. Blinde erhalten die Vollrente.

Die Ausgleichszulage beträgt 35 Proz. der obigen Sätze, wenn der Beschädigte vor dem Eintritt in den Militärdienst oder als Angehöriger der Wehrmacht einen Beruf ausgeübt hat, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erforderte. Sie wird auf 70 Proz. erhöht, wenn der Beruf erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten und ein besonderes Maß von Leistung und Verantwortung erfordert. Anspruch auf die einfache Ausgleichszulage haben u. a. Gesellen und Facharbeiter. Verheirateten Schwerbeschädigten wird eine Frauenzulage gewährt in Höhe von 10 Proz. der Grundrente, Schwerbeschädigtenzulage und Ausgleichszulage.

Die Kinderzulage beträgt für jedes Kind 20 Proz. der Vollrente.

Solange der Beschädigte infolge der Dienstbeschädigung so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, hat er Anspruch auf eine jährliche Pflegezulage von 432 M., in schweren Fällen ist sie auf 576 bzw. 720 M. zu erhöhen.

Schwerbeschädigte Versorgungsberechtigte erhalten weiter neben der Rente einen Beamteneintrag, wenn sie infolge ihrer Beschädigung und unter Berücksichtigung der durch dieses Gesetz zu gewährenden beruflichen Ausbildung nachweislich außerstande sind, ihren früheren oder einen andern Beruf, der ihnen unter Berücksichtigung ihrer Lebensverhältnisse, Kenntnisse und Fähigkeiten billigerweise zugemutet werden kann, in Wettbewerbssfähiger Weise aufzunehmen und nach ihrem gesamten Verhalten zum Beamten geeignet erscheinen.

Das Sterbegeld beträgt in Sonderklasse 144 M., Ortsklasse A 135 M., B und C 126 M. und D 112,50 M. Ist der Tod eines Rentenempfängers nicht die Folge einer Dienstbeschädigung, so besteht nur Anspruch auf ein Drittel dieser Beträge. Für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate werden den Hinterbliebenen die Gebühren des Verstorbenen (Vollrente, Ortszulage und eventuell Pflegezulage) weitergezahlt.

Als Hinterbliebenenrenten kommen in Frage: Witwenrente, Waisenrente und Elternrente. Im Falle des Bedürfnisses wird außerdem eine Zusatzrente gewährt.

Die Witwe erhält 40 Proz. der Vollrente, die dem Verstorbenen im Falle der Erwerbsunfähigkeit bei Lebzeiten zustehen würde. Sie erhält 50 Proz., solange sie für ein Kind sorgt oder sobald sie das 45. Lebensjahr vollendet hat. Ist sie dagegen erwerbsunfähig, so beläuft sich die Rente auf 60 Proz., ebenso wenn sie das 50. Lebensjahr vollendet hat. Im Falle der Wiederverheiratung mit einem Deutschen hat die Witwe Anspruch auf eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages ihrer Witwenrente. Stirbt innerhalb von 10 Jahren nach der Wiederverheiratung der Ehemann, so kann eine Witwenbeihilfe im Falle der Bedürftigkeit gewährt werden. Bei Wiederverheiratung mit einem Ausländer oder Staatenlosen kann eine Abfindung erfolgen, die Witwenrente erlischt.

Ist der Tod nicht die Folge einer Dienstbeschädigung, so kann der Witwe eines Rentenempfängers im Falle der Bedürftigkeit eine Witwenbeihilfe bis zu zwei Dritteln der Witwenrente gewährt werden.

Die Waisenrente beträgt für eine Halbwaise 25 Proz., für eine Vollwaise 40 Proz. der Vollrente des Verstorbenen. Ist der Tod keine Folge einer Dienstbeschädigung, so kann auch hier eine Waisenbeihilfe in Frage kommen.

Anspruch auf Elternrente haben für die Dauer der Bedürftigkeit der Vater, die Mutter, der Großvater und die Großmutter, wenn der an den Folgen einer Dienstbeschädigung Verstorbene der Ernährer gewesen ist oder nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst geworden wäre. Die Rente beträgt für die Eltern zusammen 50 Proz., für den Vater oder die Mutter allein 30 Proz. der Vollrente des Verstorbenen. Unter bestimmten Voraussetzungen erfolgt Gewährung einer Elternbeihilfe.

Solange ein Rentenempfänger seinen Wohnsitz in Deutschland hat, erhält er zu seinen Gebühren eine Ortszulage, und zwar in der Sonderklasse 30 Proz., Ortsklasse A 25 Proz., B 22 Proz., C 18 Proz. und D 14 Proz.

Hat ein Versorgungsberechtigter neben den Versorgungsgebühren ein Einkommen, so tritt eine Kürzung nur noch ein bei Einkommen aus öffentlichen Mitteln.

Personen, die Anspruch auf Versorgungsgebühren haben, können auch zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes durch Zahlung eines Kapitals abgefunden werden. Eine Kapitalabfindung kann auch dann gewährt werden, wenn Versorgungsberechtigte zum Erwerb eigenen Grundbesitzes einem gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmen beitreten wollen.

Zur Anpassung der Versorgungsgebühren an die jeweilige Wirtschaftslage wird zu den Versorgungsgebühren eine Teuerungszulage gewährt, deren Ausmaß sich nach den Veränderungen der Bezüge der Beamten richtet. Die Teuerungszulage beträgt zurzeit 18 Proz.

Zuguterletzt kommt dann noch zu der Beschädigtenrente (Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage) und der Hinterbliebenenrente im Falle des Bedürfnisses eine Zusatzrente. Das gleiche gilt für Hausgeldempfänger, Empfänger von Witwen- und Waisenbeihilfe. Keine Zusatzrente erhalten Beschädigte mit Renten unter 50 Proz. und Witwen mit Renten von 40 Proz. der Vollrente.

Die Zusatzrente beträgt jährlich:

für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit		
um 50 bis 60 Proz.		144 M.
um 70 bis 80 Proz.		300 M.
um mehr als 80 Proz.		504 M.
für eine rentenberechtigte Witwe oder einen Empfänger von Witwenrente		
für eine rentenberechtigte wasserlose Waise		300 M.
für eine rentenberechtigte elternlose Waise		96 M.
für einen Elternteil		144 M.
für ein Elternpaar		120 M.
für einen Empfänger von Hausgeld		192 M.
für einen Empfänger von Übergangsgeld		300 M.
für eine Empfängerin von Witwenbeihilfe		300 M.
für einen Empfänger von Waisenbeihilfe		192 M.
Außerdem erhalten Schwerbeschädigte oder Hausgeldempfänger, wenn sie für Kinder sorgen, zu ihrer Zusatzrente für jedes Kind		84 M.
		96 M.

Die Zusatzrente wird in vollem Betrage nur gewährt, wenn das regelmäßige Einkommen, das der Versorgungsberechtigte neben den Versorgungsgebühren bezieht, folgende Höchstgrenzen nicht übersteigt:

- bei einem Beschädigten den Betrag der einem Beschädigten bei Erwerbsunfähigkeit zustehenden Rente,
- bei einer Witwe oder einer Waise den Betrag der einer erwerbsunfähigen Witwe zustehenden Rente mit einfacher Ausgleichszulage.

Die Einkommenshöchstgrenzen erhöhen sich bei Beschädigten mit Kindern um 10 Proz. für jedes Kind, bei Witwen mit Kindern für jede nicht voll im Erwerbsleben stehende Waise, für die sie zu sorgen hat, um 20 Proz. für jede Waise.

Die Zusatzrente wird nur zum halben Betrage gewährt, wenn das Einkommen die obigen Höchstgrenzen um nicht mehr als 50 Proz. übersteigt. Empfänger einer Elternrente erhalten stets die volle Zusatzrente.

**Rentenbeispiele:**

Monatliche Rente eines Beschädigten mit einfacher Ausgleichszulage

Ortsklasse	bei 30 Proz.		bei 50 Proz.		bei 100 Proz.	
	Unverheir. ohne Kinder	Verheiratet mit 2 Kind.	Unverheir. ohne Kinder	Verheiratet mit 2 Kind.	Unverheir. ohne Kinder	Verheiratet mit 2 Kind.
Sonderklasse	14,—	19,60	27,50	41,20	69,95	104,85
A	13,45	18,85	26,45	39,60	67,20	100,85
B	13,20	18,45	25,80	38,65	65,65	98,45
C	12,70	17,80	25,—	37,45	63,50	95,20
D	12,30	17,20	24,10	36,15	61,30	92,—

Hierzu erhält ein 50—60 Proz. Schwerbeschädigter mit zwei Kindern eventuell eine Zusatzrente von 33,10 M. bzw. die halbe Zusatzrente von 16,55 M. über 80—100 Proz. Beschädigte erhalten 68,50 bzw. 34,25 M.

Monatliche Witwenrente, Waisenrente und Rente für ein Elternteil mit einfacher Ausgleichszulage

Ortsklasse	Witwenrente			Waisenrente		Rente für Elternteil bei Verlust eines Sohnes
	40 Proz.	50 Proz.	60 Proz.	25 Proz.	40 Proz.	
Sonderklasse	28,—	35,—	41,95	17,55	28,—	21,—
A	26,90	33,65	40,40	16,85	26,90	20,20
B	26,30	32,80	39,35	16,40	26,30	19,75
C	25,40	31,75	38,15	15,90	25,40	19,10
D	24,55	30,70	36,85	15,35	24,55	18,45

Sinnu kommt eventuell für Witwen mit 50 bzw. 60 Proz. der Vollrente des Verstorbenen eine Zusatzrente von 29,50 bzw. 14,75 M., für wasserlose Waisen von 9,45 bzw. 4,75 M., für elternlose Waisen von 14,20 bzw. 7,10 M. und für einen Elternteil von 11,80 M.

Im § 98 des Gesetzes ist dann ausdrücklich festgelegt, daß eine Anrechnung der Gebühren auf das Arbeitsentgelt unzulässig ist. Bei Zuwiderhandlungen kann das Arbeitsgericht bzw. die arbeitsgerichtliche Kammer des Schlichtungsausschusses angerufen werden.

Beschädigte, die nach dem Bezuge einer Rente von 20 Proz. aus der Rentenversorgung ausgeschieden und nicht wieder rentenberechtigt geworden sind, können, falls ein diesbezüglicher Antrag vor dem 1. März 1926 eingereicht wird, einmalig 50 Reichsmark erhalten. Voraussetzung ist, daß ihr durchschnittliches Monatsinkommen 200 Reichsmark nicht übersteigt. Frauen- und Kinderzuschläge, Sozialversicherungsbeiträge und der Steuerabzug vom Lohn können in Abzug gebracht werden.

Die neuen Bestimmungen und Rentensätze gelten mit Wirkung vom 1. April 1925. Nur die Vorschriften über Anrechnung von Einkommen aus öffentlichen Mitteln und diejenigen über die veränderte Zusatzrente treten erst mit dem 1. September 1925 in Kraft.



## Korrespondenzen

**Baden-Baden.** Unsere aufbesuchte **Versammlung** am 10. Oktober befaßte sich nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten mit dem Bericht des Vorsitzenden Pfister über die Bezirksvorsteherkonferenz. Der wichtigste Punkt war die gegenwärtig herrschende Leuerung, die sich für uns infolge des auf so lange Zeit abgeschlossenen Lohnabkommens recht ungünstig auswirkt. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen, die an den Gauvorstand weitergeleitet wurde: „Die stets steigende Lebenshaltung, hervorgerufen durch die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung, veranlaßt die hiesige Gehilfenschaft, den Gauvorstand zu beauftragen, dahin zu wirken, daß das bis zum 31. Dezember laufende Lohnabkommen einer vorherigen Revision unterzogen wird.“

**Chemnitz.** In der aufbesuchten **Versammlung** am 13. Oktober referierte Gauvorsteher Brück über: „Organisation und Arbeitsbedingungen der russischen Buchdrucker.“ Auf Grund authentischen Materials zerstörte der Redner die vielen Illusionen, die durch die bekannten „Rusland-Delegationen“ verbreitet worden waren. An der Hand von Tatsachen wies er nach, daß vieles im russischen Gewerkschaftsleben noch lange nicht so ist wie bei uns, und daß andererseits verschiedenes von den deutschen Gewerkschaften übernommen worden ist. Der reiche Beifall bewies das Interesse der Kollegen an diesem aufklärenden Vortrag. Interessant war die Diskussion, die von Seiten der Opposition (Nies Kommunisten!) durch die Kollegen Frödrich und Lorenz eröffnet wurde. Ersterer vermutete, daß das Material von Berlin aus verschickt wird, gab aber offen zu, daß er 80 Proz. als Wahrheit unterzeichnen könne. Im übrigen war seine Rede ein Loblied auf Rußland. Sein Parteifreund Lorenz, der schnell aus dem gewerkschaftlichen Fahrwasser ins politische hinübergeglitten war, war etwas vorsichtiger und gab zu, daß 75 Proz. der Bevölkerung (also rund 100 Millionen Menschen) erst lesen und schreiben lernen müssen, um dann den Sozialismus zu studieren! In seinem Schlusswort fertigte Kollege Brück die beiden Moskauer ab und gab bekannt, daß das Material zu seinem Vortrage vom Obersten Zentralrat (auf Deutsch: A.D.G.B.) stammt. Nachdem noch eine Resolution angenommen worden war, den Verbandsvorstand zu ersuchen, geeignete Schritte in Sachen Lohnabkommen zu unternehmen, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Döbeln-Rohwein.** Unsere am 11. Oktober in Döbeln abgehaltene **Versammlung** hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Es nahmen daran teil 45 Kollegen und 10 Lehrlinge. Nachdem Bezirksvorsteher Fröbel den Anwesenden seinen Willkommensgruß entboten hatte, gedachte er der großen Verdienste des heimgegangenen Kollegen Schliebs, dessen Andenken die Versammelten ehrten. Sodann referierte Gauvorsteher Freitag (Dresden) über „Die künftige Lehrlingsordnung“. Reicher Beifall lohnte die gutdurchdachten Ausführungen. Im zweiten Teile der Versammlung erfolgte die Erledigung der eigentlichen Bezirksangelegenheiten. Abschließend sei bemerkt, daß auch in der Provinz die Kollegenchaft nach den trostlosen Jahren der Nachkriegszeit wieder Interesse an praktischer und kultureller Gewerkschaftsarbeit an den Tag legt, wozu die Bezirksversammlungen in den kleineren bzw. mittleren Druckorten die beste Gelegenheit darstellen.

**hb. Bezirk Eisenach.** Unsere diesjährige **Herbst-Versammlung** fand am 18. Oktober in dem schön gelegenen Schmalkalden statt. Etwa 200 Kollegen aus den Bezirksdruckorten hatten sich eingefunden. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Arbeitergesangverein Schmalkalden durch ein Lied die Versammlung. Der Vorsitzende des Ortsausschusses des A.D.G.B. übermittelte die Grüße der freigeorganisierten Arbeiterchaft Schmalkaldens und wünschte der Versammlung den besten Erfolg. Vorsitzender Bleisch dankte hierfür im Namen der Kollegen. Den Höhepunkt der Versammlung bildete der Vortrag: „Gewerkschaftsfragen“, unfers immer gern gesehenen Gauvorstehers Wislaug (Weimar). Die kurzen und klaren Ausführungen wurden mit allseitigem Beifall aufgenommen. Zur Frage der Lohnverhandlungen wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die in Schmalkalden am 18. Oktober versammelten Verbandsmitglieder verlangen vom Vorstand aufs dringendste, unverzüglich in Verhandlungen mit der Prinzipalität einzutreten betreffs Veränderung des laufenden Lohnabkommens. Die fortgesetzt steigende Leuerung auf der ganzen Linie drückt das Lebensniveau der Buchdruckergehilfen aufs tiefste und steigert die Not der gesamten Arbeiterklasse ins Unerträgliche, so daß die Notwendigkeit neuer Lohnverhandlungen unvermeidlich wird. Weiter wird verlangt, in Anbetracht der immer schlimmer sich auswirkenden Zölle keine langfristigen Abmachungen zu treffen.“ Des weiteren wurde noch eine Resolution einstimmig angenommen, die eine regere Unterstützung der Arbeiterpresse fordert. Den Kassenbericht gab Bezirkskassierer Stöckl. Es wurde ihm für seine gute Kassenführung einstimmig Entlastung erteilt. Ferner wurden noch einige weitere Angelegenheiten verhandelt. Als nächster Tagungsort wurde Friedrichroda bestimmt. — Nach Einnahme des Mittagessens versammelten sich die Kollegen wieder im Tagungsort, um nach Buchdruckerart noch einige Stunden mit den Schmalkaldener Kollegen zu verbringen.

**Elbina.** (Werte Jahrsbericht.) Das abgelaufene Vierteljahr brachte in vier Versammlungen eine ansehnliche Fülle von fruchtbringender Arbeit zur Erledigung. Der Einladung zur Agitationsversammlung und zum Johannisfest nach Marienwerder wurde in zwei vollbesetzten Autobussen Folge geleistet. Eine Wahrnehmung unfers Vorsitzenden Kollegen Klub von Seiten einer hiesigen Firma wurde mit der Solidarität der übrigen dort beschäftigten Gehilfen beantwortet. — In zwei außer-

ordentlichen Versammlungen, zu denen unser Gauvorsteher Meisner herbeigerufen wurde, und die von fast sämtlichen Kollegen besucht waren, wurde in großer Einmütigkeit den streikenden Kollegen vollste Unterstützung zugesagt. Schon am folgenden Tage besann sich die Firma eines andern, und nach mehrstündiger Verhandlung brachte die Geschlossenheit und der starke Wille der Kollegenchaft das Zutrigenspiel dieser Druckerei zu Fall, und mit nicht unerheblichen Verbesserungen sowohl in tariflicher wie materieller Hinsicht ging's wieder an die Arbeit. — In der Septemberversammlung dankte Vorsitzender Klub für die Aufmerksamkeit seitens der Kollegen aus Anlaß seines 25jährigen Verbandsjubiläums. Dann wurde unter „Tariflichem“ nochmals das Bild und die Begleiterscheinungen des zweiwöchigen Streiks, besonders das sonderbare Verhalten des kürzlich hier aufgetauchten gutenbergbündlerischen Faktors, der sich in der bestreikten Druckerei durch Agitation für den Bund und durch seine mißglückte Fahrt mit zwei Nichtverbändlern zur Gutenbergbunderversammlung in Königsberg ins rechte Licht setzte. Doch der Verlauf des Streiks war ein anderer als gedacht, und der Traum einer „Ortsgruppe des Gutenbergbundes“ wurde noch besonders dadurch zerstört, daß die Druckerei auf besondere Anordnung des Inhabers nur Verbandsmitglieder einstellte. Hierauf kamen noch interne Angelegenheiten zur Sprache und schließlich gab man sich in vorgerückter Stunde der kollegialen Geselligkeit hin.

**Wittenberg.** Unsere fällige **Herbstversammlung** fand diesmal in Gräfenhainichen statt. Sie war recht zahlreich besucht. Die Gesangsabteilung „Typographia“ begrüßte die erschienenen Kollegen mit dem Liede „Lob Teufel“. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der verstorbenen Kollegen Schliebs, Rosenbruch und Verban durch Erheben von den Plätzen geehrt. Insbesondere würdigte Vorsitzender Jungblut die Verdienste des Kollegen Schliebs, dessen Wirken weit über unsern Beruf hinaus Bedeutung hat. Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Situationsbericht der einzelnen Ortsvereine gegeben. Im großen und ganzen ist die Konjunktur als gut zu bezeichnen, Überstunden sind überall an der Tagesordnung und es soll dem soviel als möglich entgegengetreten werden. Sodann folgte ein Vortrag des Kollegen Wielew (Halle) über „Die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Gewerkschaften“, der von der zahlreich besuchten Versammlung mit großem Interesse aufgenommen wurde, was auch in der Diskussion zum Ausdruck kam. Ferner wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der Ortsverein Torgau und Gräfenhainichen beauftragen den Verbandsvorstand, in sofortige Lohnverhandlungen einzutreten.“ Außerdem wurden noch einige interne Angelegenheiten des Bezirks besprochen. — Daran schloß sich noch ein kleines Tanzkonzert, das die Kollegen in bester harmonischer Weise zusammenhielt bis zur Abfahrt. Im großen und ganzen sei noch bemerkt, daß die diesmalige Bezirksversammlung unter einem besseren Stern stand, als die Territorialversammlung im Frühjahr in betreffs Kollegialität und Zusammengehörigkeitsgefühl. Die nächste Bezirksversammlung soll unter allen Umständen in Torgau stattfinden.

## Allgemeine Rundschau

**Nachahmenswertes Beispiel.** Anlässlich seiner 30jährigen ununterbrochenen Tätigkeit wurde dem Meisteur der „Kedlinghäuser Volksschule“ (Verdrum) in Kedlinghausen namens der Firma ein wertvolles Erinnerungs- und ein Geldgeschenk überreicht. Für das Gesamtpersonal wurde von der Geschäftsleitung eine Jubiläumssfeier veranstaltet.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer Breslau bestand Kollege Joseph Wagner (Maschinenfabrik) aus Glas die Meisterprüfung.

**Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe.** Die Arbeitslosenabteilung in unserm Verbandsverbande im Monat Oktober erstreckte sich auf 200 Zahlstellen. 31 davon mit 4416 Mitgliedern sandten keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliederszahl betrug 78 000. An Arbeitslosen wurden gezählt 1298 (gegen 1228 im September). Wertlos arbeiteten 69 Mitglieder (gegen 27 im September), und zwar bis zu 8 Stunden 50 Mitglieder, 9—16 Stunden 3 Mitglieder, 17—24 Stunden 13 Mitglieder, 25 und mehr Stunden 3 Mitglieder.

**Die buchgewerbliche Bedeutung Leipzigs.** In einer interessanten sachgemäßen Abhandlung über „Sachsen in der graphischen Industrie“, die die „Neue Leipziger Zeitung“ kürzlich veröffentlichte, wurde der Nachweis geliefert, daß die sächsische graphische Industrie nach Umfang und Eigenart eine weit über Sachsen und Deutschland hinausragende Bedeutung hat. Insbesondere dann, wenn man unter dem Begriff „Graphische Industrie“ alle mit der Herstellung und Verarbeitung von Papier zusammenhängenden Gewerbebezüge, einschließlich der Fabrikation der dazu benötigten graphischen und papierverarbeitenden Maschinen zusammenfaßt. Das Bild von Sachsens graphischer Industrie rundet sich jedoch erst, wenn man des wichtigsten aller graphischen Zweige, des Buchgewerbes, gedenkt. Hier dem sächsischen Lande eine weithin geachtete Sonderstellung zu geben, war Leipzig berufen, die Stadt des Buchhandels und Buchdrucks. Wie bedeutend das Buchgewerbe in Leipzig ist, was daraus hervorgeht, daß jeder zehnte Leipziger Bewohner sein Brot direkt oder indirekt durch die Beschäftigung mit dem Buch verdient. Und weiterhin: Von den im deutschen Sprachgebiet jährlich etwa erscheinenden 30 000 Büchern wird ungefähr der vierte Teil in Leipzig gedruckt! Die Bedeutung Leipzigs für den Herstellungs- und Vertriebsprozeß des Buches macht diese Stadt nicht nur zum wichtigsten Punkt innerhalb der graphischen Industrie Sachsens, sondern zum Vorrat des deutschen Buchgewerbes überhaupt. Durch seinen Buchdruck und Buch-

handelt ist Leipzig andererseits aber auch ein wichtiger Faktor im kulturellen Leben der ganzen Nation geworden, eine Stellung im deutschen Geistesleben, die noch betont wird durch die in Leipzig befindliche Deutsche Bucherei, deren Aufgabe es ist, alle im deutschen Sprachgebiet erscheinende Literatur zu sammeln und aufzubewahren.

**Mangel an gewerkschaftlicher Solidarität.** Laut amtlicher Statistik sind im zweiten Vierteljahr 1925 im Ruhrbergbau 1.132.290 Überschichten verfahren worden. Selbst bei Abzug der notwendigen Sonntagsarbeit usw. bleiben reichlich 800.000 Überschichten, die über das notwendige Maß hinaus verfahren wurden. Diese Zahl wirkt geradezu furchtbar, wenn man sie sprechen läßt. 800.000 Überschichten! Dabei sind zurzeit fast 22.000 Bergarbeiter arbeitslos. Hätte die große Masse im Bergbau der Parole der Arbeiterverbände Folge geleistet, dann wären diese Überschichten nicht geleistet worden. Die Zechen hätten entsprechende Neueinstellungen vornehmen müssen. Ein Vollarbeiter verfährt im Monatsdurchschnitt 26 Schichten, im Vierteljahr 78 Schichten. Für diese 800.000 Überschichten hätten also zehntausend Bergarbeiter eingestellt werden können. Über 45 Proz. fast die Hälfte aller Erwerbslosen, wären wieder voll beschäftigt gewesen. Welch günstige Wirkung nach allen Seiten! Vorderhand wird dieser schöne Gedanke leider nur ein schöner Traum bleiben. Es gibt eben noch allzu viele, die da glauben, sie könnten durch Überarbeit ihre wirtschaftliche Lage verbessern. Hat auch nur einer dieser Überschichtenreicher im Bergbau daran gedacht, daß unter diesen Umständen nicht der Unternehmer die Schuld daran trägt, wenn heute noch über 22.000 Bergarbeiter erwerbslos auf der Straße liegen? Daß er selbst derjenige ist, der durch sein gewerkschaftsfeindliches Verhalten Tausende seiner Arbeitskameraden brotlos macht? Dieser Mehrverdienst ist herausgeschunden aus dem Glend, aus der Not seiner arbeitslosen Kollegen. Aber nicht bloß im Bergbau sind solche traurige Zustände zu verzeichnen. Auch unter uns Buchdruckern gibt es noch viele, die keine Solidarität kennen, denen das Wohl ihrer Kollegen gleichgültig ist, wenn sie nur haben. Man schimpft auf die Gewerkschaften, weil diese den Achtstundentag preisgaben und freut sich dabei, Überstunden machen zu können, je mehr desto besser. Sorgen wir im Interesse der Gesamtkollegenchaft dafür, daß recht bald ein Wandel zum Besseren eintritt und daß wahre Solidarität über schädigen Eigennutz siegt!

**Beseitigung des Reichsarbeitsministeriums auf Umwegen.** In der bürgerlichen Presse erschienen in letzter Zeit wiederholt Nachrichten, die sich mit einer Zusammenlegung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums beschäftigen. Es wurde in diesen Notizen darauf hingewiesen, daß sowohl das Reichsarbeitsministerium wie auch das Reichswirtschaftsministerium Schöpfungen des Krieges sind. Sie hätten infolge der überaus schweren wirtschaftlichen Verhältnisse großen Anfang angenommen, so daß es nunmehr erforderlich sei, den ins Riesenhafte angewachsenen Verwaltungsapparat zu verkleinern. In diesem Zusammenhang wurde sogar versichert, daß die Reichsregierung der Zusammenlegung der beiden Ministerien nicht absehend gegenüberstehe. Am unverblümmtesten wurde die Beseitigung des Reichsarbeitsministeriums in der „Industrie und Handelszeitung“ gefordert, die in ihrer Nummer vom 17. Oktober folgendes schrieb: „Wie seinerzeit das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft erklärte, daß es seine erste Pflicht darin sehe, so zu arbeiten, daß es möglichst bald überflüssig werde, mühte jetzt das Reichsarbeitsministerium im Zusammenwirken mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen seine Kraft daransetzen, seine Überflüssigkeit in Fragen der Lohnpolitik dadurch zu beweisen, daß es die Basis für eine grundlegende Regelung schafft, auf der in Zukunft erfolgreich weiter aufgebaut werden kann.“ Der Zweck der Übung liegt auf der Hand. Es handelt sich um einen neuen Schlag gegen die soziale Versicherung und die sozialen Rechte der Arbeiterschaft. Die Unternehmer nehmen offenbar an, daß sie in ihrer arbeitserfindlichen Tendenz ein Stück Wegs weiter gekommen sind, wenn sie das Reichsarbeitsministerium zu einem Teil des Reichswirtschaftsministeriums machen. Deshalb die Verbindungslinie auf Grund der Zusammenlegung der beiden Ministerien. Nachdem vom Reich aber ganz gehörig abgewinkt und festgelegt worden war, daß — entgegen den Meldungen der bürgerlichen Presse — keine Verhandlungen über die Zusammenlegung der beiden Ministerien stattgefunden haben, wird nun versucht, das Reichsarbeitsministerium auf eine andre Art und Weise verschwinden zu lassen. Auf einer Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für Rheinland und Westfalen und der nordwestlichen Gruppe des Vereins der Stahlindustriellen in Düsseldorf ging Kommerzienrat Dr.-Ing. Neufuß (Oberhausen) auf die Angelegenheit ein. Nachdem er gegen die Sozialpolitik zu Felde gezogen war, führte der genannte „Wirtschaftsführer“ u. a. aus: „Es würde mich aber freuen, wenn die notwendige Verwaltungsreform zu dem Ergebnis führt, daß Arbeits- und Wirtschaftsministerium schon im Hinblick auf den innigen Zusammenhang zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik künftig nicht mehr um Schäden für die gesamte Wirtschaft weiter nebeneinander arbeiten. Ich teile mit einem großen Teil meiner Freunde die Ansicht, daß das Reichswirtschaftsministerium zweckmäßigerweise verschwindet und seine Aufgaben voll und ganz vom Reichsarbeitsministerium übernommen werden.“ Der Weg ist also der gleiche. Die Hauptsache bleibt, daß das ansehnliche Ziel, die Bedeutung der beiden staatlichen Institute aus der sozialen Wirtschaftspolitik auszuschalten, erreicht wird. Von den Gewerkschaften müssen alle Mittel angewendet werden, um den Anschlag aus Schamadelsteinen abzuwehren.

Der Geheimrat an der Hofbibliothek. Unter dieser Überschrift berichtete das „Berliner Tageblatt“ Ichnin über das, was der Weihnachtsmann in Bayern diesmal den Arbeitern beschert. Danach will die bayerische Staatsregierung für die Arbeiterschaft zu Weihnachten etwas Besonderes

tun, und in Ansehung des Umstandes, daß Geld nicht allmächtig macht, und in Erinnerung an den Orden- und Titelregeln, der in der Vorkriegszeit so reichlich geflossen ist, plant sie, als Weihnachtsgeschenk „verdienten Arbeitern“ einen Titel zu verleihen. Obwohl Vertreter der Arbeiterorganisationen zu verstehen gegeben haben, daß in Anbetracht der Not die Arbeiterschaft den geplanten Schritt der Regierung als Dohn empfindet, und auch die Titelverleihung der deutschen Reichsverfassung widerspreche, ließ sich die Regierung von ihrem Vorhaben nicht abbringen. Der Weihnachtsmann der bayerischen Regierung wird also den von den Behörden als würdig vorgeschlagenen Arbeitern im Alter von 45 Jahren den Titel „Arbeitsrat“, im Alter von 50 Jahren den Titel „Landesarbeitsrat“, und im Alter von 55 Jahren den Titel „Geheimer Landesarbeitsrat“ verleihen. Aber die Angestellten und die in der Sozialversicherung Tätigen werden auch nicht leer ausgehen. Für sie kommt in Frage die pompösen Titel „Versicherungsrat“, „Landesversicherungsrat“ und „Geheimer Landesversicherungsrat“. Es sei dabei daran erinnert, daß die Regierung bereits früher für den gewerblichen Mittelstand „Gewerberäte“, „Landesgewerberäte“ und „Geheimer Landesgewerberäte“ geschaffen hat. Wie die „Schwäbische Volkszeitung“ dazu mitteilt, hat bereits der Bürgermeister von Augsburg im Auftrag der Regierung mit den Vertretern der Gewerkschaften Fühlung genommen. Die Antwort war für einen zustimmenden Bericht nach München ebenso wie in anderen bayerischen Städten nichts weniger als ermutigend. Das Ganze ist kein Karnevalsstück, sondern ist wirklich als ein Geschenk des Weihnachtsmanns der königlich bayerischen Republik gedacht. Anstatt durch auskömmliche Löhne die Kaufkraft der Massen zu erhöhen und damit die Wirtschaft zu beleben, versuchen die heute noch Herrschenden allen Ernstes durch Renteilichen, durch Titel ohne Mittel, die Arbeiterschaft abzulenken von ihren gewerkschaftlichen Prinzipien, um so das deutsche Wirtschaftsleben auf seinem ungesundesten Stande festzuhalten.

**Starke Zunahme der Erwerbslosen.** In der Zeit vom 15. bis 31. Oktober 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 299.000 auf 364.000, das heißt um rund 22 Proz. gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 274.000 auf 333.000, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 25.000 auf 31.000 erhöht. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 359.000 auf 439.000 gestiegen. Zu beachten ist jedoch, daß die Zahl der Unterstützungsberechtigten viel kleiner ist als die Zahl der tatsächlich Erwerbslosen.

**Lohnsteuerermäßigung.** Wie der „Vorwärts“ mitteilen konnte, wird vom Reichsrat in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf ausgehen, der eine Erhöhung der steuerfreien Einkommensgrenze auf 100 M. monatlich (24 M. wöchentlich) vom 1. Januar 1926 an vorsieht. Damit hat die Reichsregierung ihre Absicht geändert, erst am 1. April 1926 eine Senkung der Lohnsteuer eintreten zu lassen, wenn deren Ertrag in sechs aufeinanderfolgenden Monaten die Summe von 600 Millionen Mark übersteigt. Inzwischen hat sich nun aber herausgestellt, daß diese Summe bereits weit überschritten ist. Die Lohnsteuer erbrachte nämlich: April 125, Mai 137, Juni 131, Juli 119, August 115, September 120 Millionen, insgesamt also 747 Millionen Mark. Das ist gegenüber dem Boranschlag ein Mehrertrag von 147 Millionen Mark! Da die Neuregelung der Lohnsteuer, die am 1. Oktober d. J. in Kraft getreten ist, im allgemeinen keine Senkung der Steuerleistung bedeutet, so ist auch in den nächsten Monaten mit einem dauernden Mehrertrag der Lohnsteuer von etwa 25 Millionen monatlich zu rechnen. Es ist also nicht mehr als recht und billig, wenn der steigenden Erzeugung der Lohn- und Gehaltsempfänger über die unsoziale Verteilung der Steuerlasten wenigstens in etwas Rechnung getragen wird.

**Rückkehr der deutschen Gewerkschaftsdelegation aus Amerika.** Die Studienreise deutscher Gewerkschaftsführer nach Amerika ist beendet. Wie in der Arbeiterpresse berichtet wird, war die Reise ein guter Erfolg. Die deutschen Gewerkschaftsvertreter fanden überall bei den amerikanischen Gewerkschaftsangehörigen herzliche Aufnahme. Zu ihren Spezialstudien bekamen die einzelnen Teilnehmer jeden gewünschten Einblick in die Verhältnisse der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, wie auch in die sozialen Verhältnisse und insbesondere auch in die volkswirtschaftliche Situation und in die Betriebsorganisation. Die deutsche Delegation rechnet damit, daß im nächsten Jahre eine Reihe amerikanischer Gewerkschaftler nach Deutschland kommt, um unsere Verhältnisse näher kennen zu lernen.

### Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Holstenwall 8, welcher den Lesern unfres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Verwertung von Schutztiteln kostenlos erteilt.

- Patenterfindungen:**  
 (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 29. Oktober 1925):  
 Nr. 15b 421 847 Joseph Horn, Dresden, „Abdruckmaschinen für lithographischen unmittelbare einseitigen Gummidruck“.  
 Nr. 15a 421 848 Johne-Wert A.-G., Rauten, „Rotationsgummidruckmaschine mit zwei aneinanderberührenden Gummirollen“.  
 Nr. 15a 421 873 Schnellpressenfabrik „Frankenthal Albert & Co., Frankenthal, „Farbwalzen-träger für Druckmaschinen“.
- Gebrauchsmuster:**  
 Nr. 15a 925 854 Joseph Horn, Dresden, „Rotationsgummidruckpresse“.  
 Nr. 15a 926 445 Dresden-Leipziger Schnellpressenfabrik A.-G., Coswig, „Druckzylinderabteilung bei Schnellpressen“.  
 Nr. 15a 926 461 Dresden-Leipziger Schnellpressenfabrik A.-G., Coswig, „Farbwerk an Druckmaschinen“.



Literarisches

Das Buch der Sehler. Ein Kaffeebuch mit 900 Kaffee- und Speisefragen. Von August Thiemann. 308 Seiten, Kleinformat, 4.90 M. Verlag für Kostpunkt und Kostbildung von Richard Kienel in Zähr (Haben). In 90 verschiedenen Arten von Kaffee- und Speisefragen, worunter das nachgeworbene Kreuzworträtsel nicht fehlt, wird hier eine reiche abwechslungsreiche Sammlung geboten. Das Kaffeebuch ist eine Unterhaltung, die den Bekanntheit und den arbeitsreichen Sinn entspricht. Das Buch verdient, in alle Familien seinen Eingang zu finden. Der Jugend ist es warm zu empfehlen!

Die Praxis in Wirtschaft und Technik. Von Professor Dr. Heinrich Ferner. Wissenschaft und Bildung Nr. 215. 108 Seiten mit Abbildungen. Gebunden 1,90 M. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig, 1925. Wir alle wissen heute, von welcher ausschlaggebenden Bedeutung die Organisation eines Fabrikbetriebes für seine Rentabilität ist. Nachdem einseitig die Stellung der Fabrik im Wirtschaftsleben beleuchtet worden ist, beschäftigt sich der Verfasser mit ihrer Organisation. Zunächst wird der kaufmännische Betrieb besprochen, das kaufmännische Bureau, die Reklamation, die Haupt- und Buchhaltung, das Einkaufs- und Verkaufsbureau, das kaufmännische Bureau, die Expedition und die Lagerverwaltung. Schematische Zeichnungen, Muster für Kartotheken usw. erleichtern das Verständnis und sind für die Praxis besonders wertvoll. Ein zweiter Teil behandelt die Organisation des technischen Betriebes. Hier werden die Aufgaben der verschiedenen Abteilungen, die des Konstruktions-, Arbeits-, Termin-, Betriebs-, Kalkulations-, Lohn- und Arbeitsbureaus. Die ihnen obliegenden Arbeiten werden genau durchgearbeitet. Maßstäbe für die Abfolge ihrer Erledigung gegeben. Reiche Erfahrung spricht aus dem Buch für Betriebsleiter bildet das Buch eine lehrreiche Einführung in die Betriebswirtschaft.

Ämter der Zukunft. Von Martin Andersen Rex. Verlag J. F. W. Dieh Nachf., Berlin SW 68. Ganzleinen, Preis 4 M. Durch das vorliegende neue Werk Rexs drängt sich immer wieder das seltsame Mißverständnis ein, das die Zeit der Ämter, das heißt die Ämter mit denen, die ein dunkles und sonnenloses Dasein führen. Er sagt dazu u. a.: „Es ist notwendig, daß einer der Gesellschaft auch die unabweisbaren Wahrheiten sagt; und wer ist geeigneter dazu als der, der das Ganze bis auf den Grund kennen gelernt hat?“ Und Rex sagt der Gesellschaft erhaltungsfähige Wahrheiten. Ob er nun die Geschichte vom Kollisionsstag mit der verstorbenen Lohnauszahlung erzählt oder das traurige Schicksal eines der letzten Hoffinger Kopenhagens, immer fühlt man die lebenswichtige Anteilnahme des Dichters am Geschehen seiner Zeit. Aber nicht um Verherrlichung, Mitleiden ist's, sondern um Wahrheit in der Herzen und doch so natürlich klingende Sprache Rexs. Wie dieses lebendige ist die „Kulturrevolution“ geschildert; diese Rebellin des Hungers in einer unbedeutenden Stadt, und wie seine Gumboldt verlobt hat mit seiner Reklamation. Und dann die Geschichte vom „Geld auf dem Müllabfuhrplan“. Dieser Platz mit den Müllern der Großstadt ist ein ganzer Welt geworden und zwei Arbeiterkinder finden dort eines Tages Erfüllung eines jahrelang gezeigten Wunsches. Das alles ist so frei von Sentimentalität und bei aller Erkenntnis der behandelten Menschenverhältnisse, so fast märchenhaft phantastisch. Der zukunftsreiche Optimismus des Dichters kommt wohl am stärksten in der Erzählung von dem schicksalhaften Heimkehrerjungen zum Ausdruck, den eine Waise in die Welt hinaustribt und der von einer Waise wieder in seine Heimat geführt wird. Statt vorzeitiger Zukunftsangst in Anderen Rexs, hat wie im Segen und Kämpfen der Arbeiterklasse, von der er sagt, daß ihre Vorhut schon wichtige Sünden bestraft hat und eifrig dabei ist, ihren jahrhundertelangen Traum der Neuerung zu verwirklichen.

Verschiedene Eingänge

„Topographische Jahrbücher.“ Verbunden mit den Mitteilungen für photomechanische Reproduktionstechnik. 46. Jahrgang, Heft 10. Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Verlag Julius Nebler in Leipzig.
„Deutscher Buch- und Schindler.“ 32. Jahrgang, Heft 1. Verlag Berlin SW 61, Vogelberger Straße 48.
„Buch- und Rundschau.“ Monatschrift für graphische und verwandte Gewerbe. (Verlag Harten & Co. in Hamburg 11.) Heft 10. Jubiläumjahrgang.
„Die Glode.“ Herausgegeben von Harous. 11. Jahrgang, 2. Band. Erscheint wöchentlich. Nr. 31. Preis 30 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

Briefkasten

A. B. in A.: Dankend erhalten und mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. — D. S. in A.: Vorausgehend ist Stuttgart logisch abgefragt worden, und nachdem negatives Ergebnis feststand, kam Anregung aus Danabück, die sofort aufgegriffen wurde. — J. H. in G.: Sehr lange gewährt, aber sehr gut geworden. — M. U. in A.: 1. Beim Gesangereisen fehlt die Aufmerksamkeit vom 1. Juli 1913, die ist sehr wichtig; die jetzige Sängerei kommt nicht in Betracht. 2. Die mitgebrachte ehrende Erwähnung ist sehr schwer unterzubringen, da vom Verbandsabläufe 1916 ab zurückgerechnet wird; na, vielleicht findet sich noch ein Ausweg. — M. A. in G.: Natürlich finden Sie Aufnahme in die Funktionäreverzeichnisse. J. C. in G.: Findet sich verständlich Aufnahme. — J. J. in M.: Inf. 940: 2,10 M. — H. P. in Bm.: Inf. 930: 3,10 M.
Es ist in den letzten Tagen bei mir angefragt worden, ob eine Aufnahme in den Verbandsabläufe für historische Schriftstücke von Verbandsführern vorhanden ist. Das geschah unter gleichzeitiger Überlegung eines äußerst wertvollen Schreibens des ehemaligen Verbandsvorsitzenden Berthold Heister vom 20. April 1897. Vor einiger Zeit erhielt ich bereits aus einem kleineren Drucker ein Brief Heisters aus dem Jahre 1884. Ich bin beiden Einfindern dafür recht dankbar. Die jetzige Anfrage des Kollegen

A. H. in D. Beantworte ich dahin, daß am besten solche historischen Funde dem Interessierten übermitteln werden, so sollen nach Vollendung der Verbandsangelegenheiten zur Kompletierung des Verbandsarchivs dienen. Ich bedarf gerade jetzt solcher Schriftstücke und im Besonderen ist es mir sehr um ein auch die Öffentlichkeit interessierendes Schreiben zu tun von Frau a. u. s. a. Verbandsvorsitzender von 1881 bis 1888; vielleicht ist noch etwas auf die 1888er Tarifbewegung Bezugliches aufzutreiben. Wenn es nicht anders geht, erfolgt nach Verwendung Reklamation; die Originale sind aber für mich zunächst unbedingt erforderlich. Wo man also Heister, Härtel, Döblich, Sulz und Döblich-Briefe oder ähnliche wertvolle Schriftstücke von anderen Verbandsführern im Besitz hat, da solche man dem Interessierten der selben überlassen oder Heister-Briefen. Am schnellsten Überlassung von Sulz-Briefen, die sehr selten sind, appelliere ich dringend.
Ferner ist bei mir angefragt worden, daß bei der in Nr. 90 noch beklagten Statist über die Buchdruckerangelegenheiten auch das frühere Verzeichnis von Kollegenangelegenheiten am Drie angeführt werden möchte. Dem liegt nichts entgegen; ich habe das nur nicht mit eingeschlossen, weil ich zur Genüge erfahren habe, welche Schwierigkeiten solche Erwähnungen aus alten Zeiten bereiten. Wo solche aber nicht obwalten, da können solche Erwähnungen nur nützlich sein. Die anzugebende Zahl der Ämter ist aber nur vom 1. Juli 1914 erforderlich; frühere und spätere Mitgliedsbeiträge sind wertlos. Ich betone jedoch nochmals, daß Eile not tut.
Leipzig, Königstraße 7, I. 23. Kraftl.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1101. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angekellern und Beamten, A. G., Berlin S 14, Markt. 65. Postfachkonto: Berlin Nr. 1023 67 (W. Schwinitz).
San Erziehungswesen. Die Firma Otto Vogel & Co. (Inhaber Bernhard Schneider) in Wittenberg, Seminarsstraße 8, verzichtet dauernd gegen die tariflichen Verpflichtungen. Vor Konditionsanfragen wird gewarnt. — Zugleich wird nochmals allgemein darauf hingewiesen, daß die Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen auf die Kollegen, die vor einem Engagement die Einbindung beim Bauzustand unterlassen. Der Bauzustand. San Hannover. Der Maschinenseker Karl Frederik Rom, geb. 21. Juni 1878 in Brambrup (Dänemark), wieder eingetretet 22. Februar 1925 in Hannover, hat hier, ausnahmsweise einer Kondition in Welle einen Reiseschein vom 18. M., erhalten gegen Verpfändung seines Verbandsbuches. Ihm ist nach sechsmonatiger Kondition von Welle wieder abgereist, ohne sein Buch einzulösen. Mit Erlaube um Authentizitätsangabe des Genannten an Th. Ehrhard in Hannover, Nikolaistraße 7, II.
Stettin. Der Wiener Kollege Paul Richter (Deutsche Hauptbuchnummer 128 412) wird hiermit aufgefordert, den Verpflichtungen seinen Kandidaten sowie den hiesigen Kollegen gegenüber nachzukommen, wenn nicht die Beschäftigten andere Schritte unternehmen werden. Vor Obliegen wird gewarnt! — Die Seher Gerhardt Reimich (Hauptbuchnummer 119 471) und Georg W. K. (128 228) werden um Angabe ihrer Adresse und Einbindung der Beiträge an Oskar Lüttke, Stettin, Albersstraße 14, ersucht.

Adressenveränderungen

Berlin. (Maschinenseker.) Kaffierer: Julius Fischer, Berlin-Niederschönhausen, Blantzenburger Straße 73.
Seher. (Druckervereinig.) Vorsitzender: Adam Schmieg, Bellingstraße 15, p.; Kaffierer: Willi Beck, Regierungstraße 65.
Mühlhausen i. Thür. (Druckervereinig.) Vorsitzender: August Seife, Margaretenweg 4.
Hannover. Vorsitzender: Herm. Jwers, Hohe Straße 22, I.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse!)
Im San Hannover der Seher Fritz Biebig, geb. in Hannover 1901, ausgel. das 1919; war schon Mitglied. — G. Klingler in Hannover, Nikolaistraße 7.
Im San W. der Seher L. Karl Biebig, geb. in Krossenfeld 1870, ausgel. in Magdeburg 1888; 2. Ernst Grohmann, geb. in Magdeburg 1893, ausgel. in Hannover 1922; waren schon Mitglieder. — Hugo König in Halle a. S., Kl. Klausstraße 7.

Verksammlungskalender

Berlin. Druckervertammlung Donnerstags, den 10. November, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2.
Dresden. Handwerkervertammlung Sonnabends, den 21. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Senefelder“, Kaufhausstraße 10.
— Stereotypen- und Galvanoplastikerverversammlung am Sonnabend, den 21. November, abends 7 Uhr, bei „Schubert“, Kleine Platenstraße 2. — Vorstandskollegen 6 Uhr.
Langenfelde. Verksammlungs Sonnabend, den 21. November, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Kreuzberg. Bezirksversammlung Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Sommanns Hotel“.

Anzeigen

Anzeigengebühr: Die sechsgehaltene Zeile 15 Goldpf. für Dreizehn, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

Annahmefrist: Montag und Donnerstags früh zur jeweiligen nächsterfolgenden Nummer. Anzeigekaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postfach (Leipzig Nr. 613 88).

Mehrere tüchtige, nicht allzu junge
Alzidenzseher
H. C. Teubner, Leipzig, Poststraße 3.
Suche zur sofortigen Einstellung mehrere gute berechnende
mathematische Seher
in dauernde, angenehme Stellung.
H. C. Teubner, Leipzig, Poststraße 3.
Mehrere erfahrene und tüchtige
Monotypeseher
für Modell D in dauernde und angenehme Stellung gesucht.
H. C. Teubner, Leipzig, Poststraße 3.
Tüchtige Monotypeseher
Sucht die
Spanische Buchdruckerei, Leipzig.
Maschinenmeister
erfahren in Werk- und Plattendruck, sofort gesucht.
Julius Salk, Langensalza.
Schweizerdegen
(21 Jahre alt), vorwiegend Seher, sucht sofort Stellung.
Angebote mit Gehaltsangabe an H. Stachelhaus, Gwinnerstraße, Große Kirchenstraße 22.

Drei Alzidenz- und Anzeigenseher
suchen sich zum 28. September in Leipzig zu veränderen.
Gefl. Offerten mit Lohnangabe unter Nr. 931 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.
Korrektor und Revisor
gewissenhaft und zuverlässig, sucht Dauerstellung für fremdsprachlichen u. wissenschaftlichen Werkz. Suchender ist auch redaktionell befähigt. Angebote unter Nr. 960 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.
Seher und Maschinenmeister
jung, fleißig, wünschen sich sofort zu verändern. Zusammenarbeit nicht Bedingung.
Paul Korte, Schriftsetzer, Jähofen (Württ.), Hotel „Post“.
Schlesien/Dreslau. Sachsen/Dresden.
Tüchtiger Linotypeseher
langjährige Praxis, Koffer, korrekter Seher, guter Maschinenkennner und -pfleger, befreit sämtliche Bindungen, sucht sich in dauernden Posten zu veränd. Angeb. m. Lohnang. unter Nr. 970 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erb.
Maschinenmeister
22 Jahre alt, an Siegel, Ednells- und „Uniersal“ bewandert, wünscht sich zu verändern.
Gefl. Angebote mit Lohnangabe unter Nr. 951 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Junger fleißiger
Schweizerdegen
Sucht sich in angenehme Stellung zu verändern. Ruhegebiet bevorzugt.
Gefl. Angebote unter „Mibi 039“ an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.
Willst du Musik treiben -
Musik Dörfel schreiben!
Stidial f. Blei, Holz, Linoleum
Zeidenmaterial + Farben
Zeilenanfragskarten
Verl. d. Bild.-Verb. d. Dtsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.
„Der Kleine Brochhaus“
in einem Band 23 M., ist für jeden Buchdrucker unentbehrlich.
K. Siegel, München 9, Columbusstraße 1.
Remband-Kleifternapf
Bester Schutz gegen Hautentzündung durch zu scharfen Kleister. Max Volgt, Leipzig-Götterhof, Papiermühlstr. 5 II. Preisliste frei.
Werkzeuge für Drucker
Vielg.
Bildungsverb. der Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8.

# DIE BÜCHERGILDE GUTENBERG

ist eine Gemeinschaft der Freunde eines guten Buches, die bei geringen Mitgliedsbeiträgen erstklassige Werke in vorzüglicher Ausstattung an die Leser der Gilde abgibt

Die Mitgliedschaft der Büchergilde wird erworben durch Einzahlung eines Eintrittsgeldes von 75 Pf. und eines Monatsbeitrags von 1 M.

Werbematerial und Auskunft fordere man an bei der Büchergilde Gutenberg, Leipzig, Salomonstraße 8. Postfach Nr. 20544

## Verein Leipziger Drucker

Für die Teilnehmer am „Notary“-Kursus findet Mittwoch, dem 18. November (Sonnab.), eine Besichtigung der Maschinenfabrik Georg Spiek, Leipzig-Plagwitz, der Entstehungsorte des „Notary“, statt. Treffpunkt um 9 Uhr am „Gelsenkeller“, Bismarckstraße. Die Anwesenheit ist nur für Teilnehmer am Kursus und können weitere Teilnehmer nicht zugelassen werden. Pünktliches Erscheinen erwartet der Vorstand.

## Verein der Stereotypen u. Galvanoplastiker Berlins und Umgegend

Donnerstag, den 15. November, vormittags 10 Uhr, im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 98:

### Vereinsversammlung

Tagesordnung: 1. Lichtbildvortrag des Kollegen Feh, Vorsitzender der Typographischen Vereinigung Berlin: „Die Papierfabrikation und ihre Rohstoffe“. 2. Mitteilungen. 3. Aufstellung von Kandidaten als Beisitzer im Gauvorstand und im Schlichtsam. 4. Verschiedenes. Die wichtige Tagesordnung erfordert das pünktliche Erscheinen sämtlicher Mitglieder. Der Vorstand.



So heisst die originelle, reich-illustrierte und künstlerisch ausgestattete neue graphische Monatsschrift, die dem Humor, der Berufsromantik und der Schaffensfreude dient.

Herausgeber:

### Rudolf Engel-Hardt, Leipzig

Achtung! In allen Druckereien, die über fünf Mann Personal beschäftigen, zirkulieren Probehefte und Sammelisten.

Preis nur 2,30 M. einschl. Porto für drei reich-illustrierte Hefte. Einzelheft portofrei 0,85 M.

Wagner-Verlag, Neustadt/Orla. Abt. Bl. M.

## Kleine Verbandsgeschichte Kleines Verbandslexikon

Offizieller Titel:

### Verband der Deutschen Buchdrucker Gewerkschaftliche Skizzen über die Zeit von 1866 bis 1925

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, verfasst von den „Korrespondent“-Redakteuren Willi Krahl und Karl Helmholz, erschienen zu Ostern 1925 in 2. Auflage

Kollege K. B. schreibt: „Wenn man die Kleine Verbandsgeschichte liest, dann wird es einem erst klar, wie viel man nicht weiß. Die viel betonte gewerkschaftliche Erziehungsarbeit findet in dieser kleinen und doch so inhaltreichen Schrift jedenfall den besten Antrieb.“

„Die Arbeit“, Monatschrift des ADGB, für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, schreibt in Heft 10: „Dieses Buch, das im Geleitwort als ‚Kleine Verbandsgeschichte‘ bezeichnet wird, ist sozusagen eine Art von Miniaturausgabe der bereits während des Krieges erschienenen Geschichte der deutschen Buchdruckerorganisation, fortgeführt bis zum Jahre 1925. Um den Unterschied zwischen beiden zu kennzeichnen, kann man sagen, daß die letztere das ‚Urkundenbuch der Buchdrucker‘, die jetzt erschienene Schrift das ‚Registerbuch‘ dazu ist. Der Titel ‚Gewerkschaftliche Skizzen‘ erscheint mir daher außerordentlich gut gewählt. Der Vorzug des Buches — und zwar handelt es sich hier um einen Vorzug im vollkommensten Sinne — besteht darin, daß es jedem Gewerkschaftsfunktionär, ferner jedem Soziologen und modernen Geschichtsforscher eine Fülle wertvollsten sozialen, statistischen und kulturgeschichtlichen Materials darbietet.“

Bestellungen werden der Portocorparnis wegen am besten örtlich gefammelt aufgegeben. Preis einfl. Porto 1,20 Mark

## BILDUNGSVERBAND DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER

Verlagsabteilung, Leipzig, Salomonstraße 8  
Postfachkonto Leipzig 53490

### Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe

7. Auflage, von J. B. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungsk. mit besonderer Berücksichtigung des neuen Buchdruckpreletarats, Ausgabe März 1925, 6,30 M. bei Vorkaufsendung, 6,60 M. per Nachn. J. B. Lindl, München, Postfachkonto 910.

### Werk- und Anzeigenseher

23 Jahre alt, ledig, sucht sofort gute Stellung. Beherrschte slavische Sprachen. E. S. Postfach 110 Hofen (Württ.).

### Buchdruckmeister

sofort zur Leitung einer kleineren Abzweigdruckerei in sofort bezugsbare Werkwohnung gesucht. 1922

Otto Martini, Marienwerder 1. Westpr., Marienburger Straße.

### Anzeigen- und Abzweigenseher

ledig, sofort gesucht. Bewerbungen und Zeugnisabschriften an Buchdruckerei der „Schaffner-Elzeltung“, Bad Schandau.

### Ein durchaus befähigter Abzweig- und Inzeratenseher

sofort gesucht. Westpreussisches Tageblatt, Deutsch-Lybau. 1925

### Linotypenseher

mit guten Zeichnungen und Maschinenkenntnissen bei hoher Bezahlung zum baldigen Eintritt gesucht. 1926

Graphische Werkstätten, Otto Lindemann, Wiesbaden, Goethestraße 4.

Gesucht zum baldigen Eintritt

### Typographenseher

erste Kraft, welcher die plattdeutsche Sprache beherrscht, für neue U-11-Maschine.

Angebot mit Gehaltsangabe erbeten an Buchdruckerei Heinrich Koch, Elbfeld a. d. E. 1927

### Jung-Abzweig- und Schweizerdegen

zum baldigen Eintritt gesucht. Buchdruckerei Stein, Gagan 1. Schl.

### Jung-Maschinenmeister

vollständig, vertraut mit Anzeigengerät, sofort dauernd gesucht. Mecklenburger Tageblatt, Wierane 1. Sa. 1928

### Abzweig- und Linotypenseher

in Dauerstellung gesucht. Angebot mit Nachweis bisheriger Tätigkeit und Lohnansprüchen an B. C. Teubner, Dresden, Dr. Rühnerstraße 16.

### Abzweigenseher

sucht Stellung, aus ungeklärtester Stelle (möglichst nach Heidelberg oder zum Rhein). Offerten unter E. R. 963 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

### Abzweig- und Linotypenseher

ledig, junger, wünscht sich zu verändern. Off. Offerten unter Nr. 946 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

### Linotypenseher

geschult, Pragis, guter Maschinenkennner u. -pfleger, sucht sich zu verändern, gleich möglich. Off. unter Nr. 957 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7.

### Linotypenseher

ledig, ein selbständiges, rationelles Arbeiten gewöhnter, strebsamer

### Buchdruck- und Maschinenmeister

22 Jahre alt, in ungeklärtester Stelle, mit allen vorkommenden Arbeiten bestens vertraut, im Besitze bester Zeugnisse, sucht sich baldigst nach Mitteldeutschland oder Westfalen zu verändern.

Off. Offerten mit Lohnangabe erbet. unter W. H. 965 an d. Geschäftsstelle d. „Korr.“

### Abzweig- und Galvanoplastiker

firm in allen vork. Arbeiten, auch perfekt in Rund- und Flachstereotypie, sucht Veränderung (Sachsen bevorzugt). Off. Angeb. unter Nr. 973 an d. Geschäftsstelle d. „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

### Typograph

Schmiedmaschinen-Monteur und 2141 „Instrukteur. Paul Bartig, Berlin SO 16, Melchiorstraße 18 III.

### Wurst

1,85 M. p. Pfd. Postkolli 17,76 franko Nachn. C. E. Reimers, Quilichorn (Köln) 99.



### Duden, Rechtschreibung für Deutsch und Fremdsprachler

4,30 M. franko. R. Siegl, München 9, Columbusstraße 1.

Berspäet erhielten wir die Mitteilung, daß einer unserer ältesten Gangesdrucker, der in seinen Kollegenkreisen bekannte Segerinvalide

### Eduard Richter

am 25. Oktober im Alter von 72 Jahren verstorben ist.

Er hat unser Verein lange Jahre als eifriges, treues Mitglied angehört und sich dadurch ein ehrendes Andenken gesichert.

„Gutenberg“, Gesangsverein Leipziger Buchdrucker u. Schriftgießer

Am 29. Oktober verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Segerinvalide

### Peter Benedek

aus Trier, im Alter von 60 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Bezirksverein ABin, Bildungsverband, Gesangsverein „Gutenberg“, ABin.

Am 21. Oktober verschied unser lieber Kollege, der Seher

### Joseph Klärner

im 48. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Bezirks- und Ortsverein Wiesbaden.

Am 11. November verstarb unser lieber Kollege, der Schriftseher

### Paul Wolfart

im fast vollendeten 70. Jahre. Er war lange Jahre unser Vertrauensmann und in jeder Beziehung ein gerechter Kollege. Über 60 Jahre wirkte er in unserm Verein. Es wird stets seine Gedanken

Die Selegenschaft der Buchdrucker H. & W. Rheinhardt, Berlin.